

10.2 Einstellungen zur Demokratie

Marlene Mauk,
Anne-Kathrin Stroppe
GESIS Köln

WZB/SOEP

Die Stabilität und das Funktionieren eines demokratischen Regierungssystems hängen davon ab, dass die Bürgerinnen und Bürger der Demokratie positiv gegenüberstehen. Deshalb ist es förderlich, wenn sie zum einen die Demokratie als Staatsform allgemein befürworten und zum anderen die Demokratie im eigenen Land positiv beurteilen. Die vergangenen Jahre waren in Deutschland ebenso wie in anderen Ländern von den krisenhaften Auswirkungen der Coronapandemie geprägt, in deren Folge Bewegungen wie »Querdenken« zum Sprachrohr fundamentaler Kritik am Umgang mit der Pandemie wurden und mitunter das Funktionieren der Demokratie in Deutschland grundsätzlich infrage stellten. Innerhalb der deutschen Parteienlandschaft schloss sich insbesondere die rechtspopulistische Alternative für Deutschland (AfD) dieser Systemkritik an und konnte eine Reihe von Wahlerfolgen feiern. Neben der Pandemie dominierten die immer deutlicher werdenden Auswirkungen des Klimawandels sowie die fortbestehende Herausforderung der Integration von Geflüchteten und Eingewanderten die politische Debatte und können sich ebenfalls auf die Demokratiezufriedenheit auswirken.

Die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschen sind auch mehr als 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung immer noch ein Thema der öffentlichen Diskussion. Diese Diskussion umfasst auch das unterschiedliche Wahlverhalten in West- und Ostdeutschland sowie die Einstellungen zur Demokratie. Da das staatssozialistische System der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (DDR) unter aktiver Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zusammengebrochen ist und sich die überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen für die deutsche Vereinigung ausgesprochen hat, wurde erwartet, dass die Mehrheit der Ostdeutschen nicht nur die Demokratie allgemein, sondern auch die Demokratie in Deutschland positiv beurteilt. Frühere Studien haben gezeigt, dass die Ostdeutschen zwar mehrheitlich die Demokratie

als Staatsform allgemein präferieren, der Demokratie in Deutschland jedoch kritischer gegenüberstehen. Eine wichtige Frage ist, ob die Ostdeutschen mit zunehmender Erfahrung mit der bundesrepublikanischen Demokratie ein positiveres Verhältnis zur Demokratie in Deutschland entwickelt haben. Diese Frage stellt sich insbesondere in Bezug auf die jüngeren Generationen in Ostdeutschland, die in diesem demokratischen System aufgewachsen sind.

10.2.1 Akzeptanz der Demokratie als Staatsform

Die grundlegende Einstellung zur Demokratie wird mit der direkten Frage danach erhoben, ob die Demokratie die beste Staatsform sei oder ob es eine bessere gebe. Alternative Herrschaftsordnungen – zum Beispiel kommunistisch-autoritäre Regime oder die Herrschaft eines »starken Mannes« – werden hierbei nicht vorgegeben.

Die in Tabelle 1 präsentierten Daten dokumentieren, dass kurz nach der deutschen Vereinigung im Jahr 1991 die Ostdeutschen sich mit einer großen Mehrheit von 70 % für die Demokratie als beste Staatsform aussprachen. Die Zustimmung der Westdeutschen war mit 86 % noch deutlich höher. Im Zeitverlauf schwankten die Urteile der Ost- und Westdeutschen um diese jeweils hohen Werte. Vor allem in den Jahren 2005 und 2006 wurden die Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschen etwas größer, weil die Zustimmung in Ostdeutschland leicht abnahm. Im Jahr 2006 betrug die Differenz 26 Prozentpunkte. Dabei handelte es sich jedoch um keinen längerfristigen Trend, denn ab 2008 stieg in Ostdeutschland die Zustimmung zur Demokratie als Staatsform wieder an. Nach den letzten verfügbaren Daten aus dem Jahr 2022 lag die Zustimmung in Ostdeutschland bei 80 %, in Westdeutschland bei 87 %. Die Differenz zwischen Ost- und Westdeutschen reduzierte sich somit auf 7 Prozentpunkte und auch die politischen Maßnahmen zur Eindämmung der

► Tab 1 Akzeptanz der Demokratie als Staatsform — in Prozent

	Westdeutschland								Ostdeutschland							
	1991	2000	2005	2006	2008	2014	2019	2022	1991	2000	2005	2006	2008	2014	2019	2022
»Die Demokratie ist die beste Staatsform.«	86	92	85	89	86	90	91	87	70	78	64	63	68	82	79	80
»Es gibt eine andere Staatsform, die besser ist.«	3	3	6	3	3	5	4	7	7	8	22	12	11	9	10	9
»Unentschieden.«	11	5	9	8	11	5	5	6	23	14	14	25	21	9	11	11

Quellen: E. Roller, Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Krause/Ostner (Hrsg), Leben in Ost- und Westdeutschland, Frankfurt a. M. 2010, S. 599; E. Holtmann et al., Deutschland 2014, Bonn 2015, S. 189; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2020: 30 Jahre Mauerfall, GESIS Datenarchiv, Köln, ZA6737; Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2023: Lebensverhältnisse in Ost und West, GESIS Datenarchiv, Köln, ZA7915

Coronapandemie scheinen weder in Ost- noch in Westdeutschland einen Abfall der Akzeptanz der Demokratie als Staatsform nach sich gezogen zu haben. ► Tab 1

10.2.2 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland

Ein etwas anderes Bild zeigt sich bezüglich der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland. Diese Einstellung bezieht sich weniger auf die Verfassungsnorm, das heißt die in der Verfassung implementierte Form der Demokratie, als vielmehr auf die Verfassungsrealität oder die Wirklichkeit der Demokratie in Deutschland. In die Beurteilung dieser Verfassungsrealität können verschiedene Aspekte eingehen. Insbesondere das Funktionieren institutioneller Mechanismen (zum Beispiel der Austausch von Regierung und Opposition und die Gewährleistung der Gleichheit vor dem Gesetz), die Handlungen der Regierenden (zum Beispiel Berücksichtigung von Interessen verschiedener Bevölkerungsgruppen oder Amtsmissbrauch) und die Ergebnisse dieses Handelns (zum Beispiel wirtschaftliche und sozialpolitische Leistungen) dürften bei der Beurteilung des Funktionierens der Demokratie eine Rolle spielen.

Die in Abbildung 1 präsentierten Zeitreihen für die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in

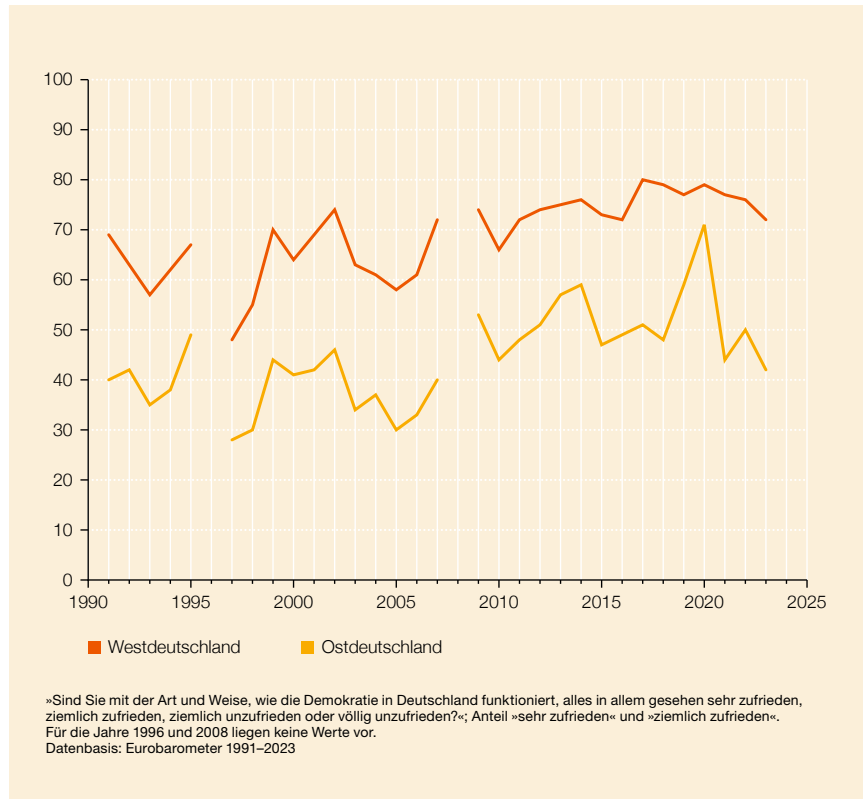
Deutschland zeigen eine deutliche Differenz zwischen Ost- und Westdeutschland. Über den gesamten Zeitraum von 1991 bis 2023 hinweg waren im Westen Deutschlands durchschnittlich mehr als zwei Drittel (69 %) der Bürgerinnen und Bürger zufrieden, während im Osten durchschnittlich weniger als die Hälfte (45 %) zufrieden war. Es gab erhebliche Schwankungen im Zeitverlauf, die parallel in Ost- und Westdeutschland zu beobachten waren. Das heißt, dass die Bürgerinnen und Bürger in beiden Teilen Deutschlands ganz ähnlich auf bestimmte Ereignisse reagierten; dies aber auf unterschiedlichem Niveau. Hinsichtlich der Struktur dieser Schwankungen ist bemerkenswert, dass zu den Bundestagswahlen mit Ausnahme von 2005 und 2021 ein Anstieg der Demokratiezufriedenheit erfolgte (1994, 1998, 2009, 2013, 2017). Die nach der Bundestagswahl 2009 im Jahr 2010 erfolgte Abnahme der Demokratiezufriedenheit dürfte auf die europäische Wirtschafts-, Banken- und Staatsschuldenkrise (sogenannte »Euro-Krise«) zurückgehen, die sich ab 2009 aus der globalen Finanzmarktkrise 2007/08 entwickelte. Die Krise wurde in Deutschland von heftigen Debatten um den Euro-Rettungsschirm sowie Sorgen um die deutsche Wirtschaftsleistung begleitet. Diese Abnahme umfasste in West und Ost aber weniger als 10 Prozentpunkte und war

nicht von Dauer, denn bis 2014 nahm die Demokratiezufriedenheit in beiden Landesteilen kontinuierlich wieder zu. ► Abb 1

Nach 2014 war sowohl in West- als auch in Ostdeutschland ein Abfall der Demokratiezufriedenheit festzustellen. Besonders deutlich war das in Ostdeutschland der Fall, wo die Demokratiezufriedenheit von 59 % (2014) auf 47 % (2015) sank. Dieser Abfall ist vermutlich auf die hohe Zahl von in Deutschland ankommenden Geflüchteten zurückzuführen. Basierend auf Daten des Politbarometers wurde ab Anfang 2015 das Thema »Ausländer/Integration/Flüchtlinge« von den deutschen Bürgerinnen und Bürgern als das wichtigste Problem in Deutschland angegeben; erst Anfang 2019 wurde es vom Themenkomplex »Umwelt/Klima/Energiewende« abgelöst.

In den Jahren 2016 und 2017 stieg die Demokratiezufriedenheit in Ostdeutschland an und erreichte 2019 den Wert von 59 %. In Westdeutschland lag die Demokratiezufriedenheit 2017 auf ihrem Höchststand und ging seitdem leicht zurück. Obgleich Bürgerinnen und Bürger weiter Migration und Integration als wichtige Probleme nannten, wurde die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie dadurch offenbar nicht nachhaltig negativ beeinflusst. Bemerkenswert ist, dass in Ostdeutschland 2020 ein sprunghafter Anstieg der Demokratiezufriedenheit auf den Spitzenwert von 71 %

► Abb 1 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie — in Prozent



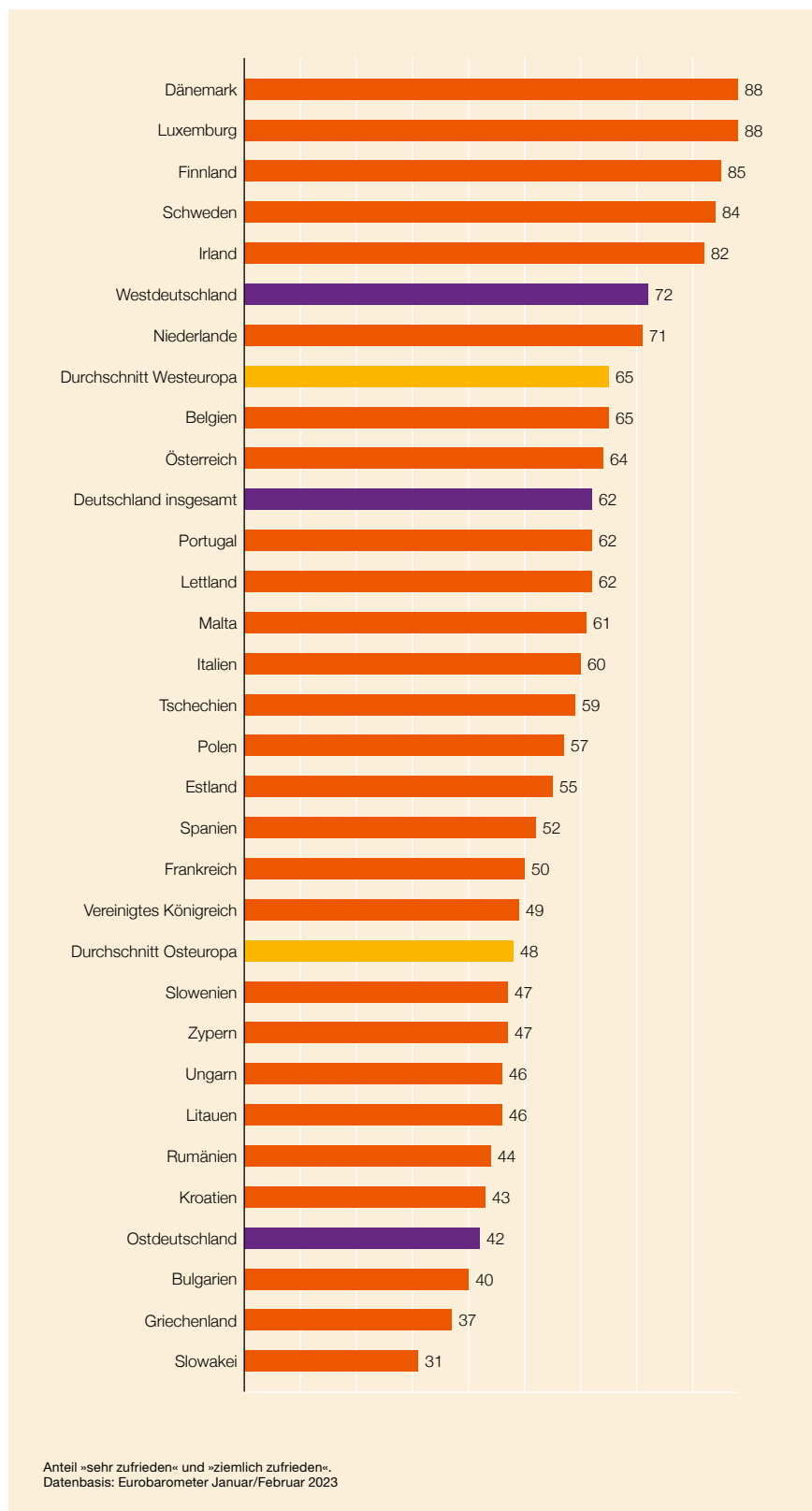
zu verzeichnen ist. Dieser bricht allerdings 2021 deutlich ein: Weniger als die Hälfte der Personen gab zu dem Zeitpunkt an, mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland zufrieden zu sein. Ursächlich für dieses Auf und Ab ist vermutlich die Coronapandemie, in deren Anfangszeiten das Krisenmanagement der Bundesregierung zunächst hohe Zustimmung fand. 2021 hingegen mehrte sich die Kritik am Umgang mit der Pandemie, insbesondere an der Einschränkung von Grundrechten und dem weitgehenden Ausbleiben einer politischen Debatte über die Angemessenheit der Maßnahmen.

Bemerkenswert an den beiden Zeitreihen zur Demokratiezufriedenheit in West- und Ostdeutschland ist, dass die Differenz zwischen beiden Teilen Deutschlands mit Ausnahme von 2020 über den gesamten Zeitraum weitgehend

bestehen blieb. 1991 betrug diese Differenz 29 Prozentpunkte, im Jahr 2023 lag sie bei 30 Prozentpunkten. Mehr als 30 Jahre nach der deutschen Vereinigung gibt es keine Hinweise darauf, dass die zunehmenden Erfahrungen der Ostdeutschen mit der Demokratie dazu beitragen würden, die Kluft in der Demokratiezufriedenheit zwischen Ost- und Westdeutschen dauerhaft zu verringern.

Ein Vergleich mit den anderen 26 Mitgliedsländern der Europäischen Union (EU) sowie Großbritannien kann darüber Aufschluss geben, wie die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland einzuschätzen ist. Im Januar/Februar 2023 rangierte die Demokratiezufriedenheit in Westdeutschland deutlich über dem westeuropäischen Durchschnitt. Lediglich in den skandinavischen Ländern, in Luxemburg und in Irland war die Zufriedenheit mit dem

► **Abb 2** Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land 2023
— in Prozent



Funktionieren der Demokratie noch weiter verbreitet. In Ostdeutschland lag die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie hingegen im EU-weiten Vergleich auf einem der letzten Plätze und deutlich unter dem Durchschnitt sowohl der westeuropäischen als auch der osteuropäischen Länder. Lediglich in Bulgarien, Griechenland und der Slowakei war die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie Anfang 2023 noch geringer verbreitet als in Ostdeutschland. ► **Abb 2**

Im Durchschnitt wiesen vor allem Länder Ost- und Südosteuropas eher niedrigere Werte der Verbreitung von Demokratiezufriedenheit auf.

Waren die Bürgerinnen und Bürger in den besonders stark von der Euro-Krise betroffenen Ländern wie Griechenland, Spanien, Italien, Portugal und Irland ab 2009 bis circa 2017 noch vermehrt unzufrieden mit der Demokratie in ihren Ländern, so hatte sich die Lage in fast allen diesen Ländern – mit Ausnahme Griechenlands – bis 2023 weitgehend erholt. Vergleichsweise niedrig war die Demokratiezufriedenheit zudem im Vereinigten Königreich nach dessen EU-Austritt und in Frankreich, das von Protesten gegen die Rentenreform geprägt war. In der Mehrzahl der westeuropäischen Länder war die Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger trotz der Coronapandemie, der Klimakrise, der Herausforderungen angesichts der Aufnahme von Geflüchteten oder des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land zufrieden.

Unter den osteuropäischen EU-Mitgliedsländern zeigen sich erhebliche Differenzen bei der Demokratiezufriedenheit. Während in Lettland, Tschechien, Polen und Estland mehr als die Hälfte der Bürgerinnen und Bürger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie des eigenen Landes war, traf dies in den anderen osteuropäischen EU-Mitgliedsländern sowie im Durchschnitt der osteuropäischen Länder nur für eine Minderheit zu. Am geringsten war der Wert in der Slowakei, wo weniger als ein Drittel (31 %) der Menschen zufrieden war.

10.2.3 Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie bei verschiedenen Bevölkerungsgruppen

Tabelle 2 zeigt Unterschiede der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland nach Geschlecht, Alter, beruflicher Stellung, ideologischer Orientierung (links-rechts) und Parteipräferenz. Sowohl in Ost- als auch in Westdeutschland zeigen sich einige auffällige Abweichungen vom Durchschnitt. Erstens waren sowohl Frauen als auch Arbeitslose seltener zufrieden mit

dem Funktionieren der Demokratie als der jeweilige Bevölkerungsdurchschnitt. Auffällig ist zweitens der geringe Anteil unter den Anhängerinnen und Anhängern der Alternative für Deutschland (AfD), die angaben, zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie zu sein: Im Westen betrug dieser Anteil 2023 lediglich 13 % und im Osten sogar nur 7 %. Im Vergleich sind 40 beziehungsweise 41 % der CDU/CSU-Anhängerinnen und -Anhänger zufrieden mit dem Funktionieren der Demokratie. Wird jedoch, drittens, nach der ideologischen Orientierung

unterschieden, wiesen bemerkenswerterweise weder in Ost- noch in Westdeutschland ideologisch rechtsorientierte Bürgerinnen und Bürger die geringste Demokratiezufriedenheit auf, sondern diejenigen, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen. ▶ Tab 2

In Ostdeutschland zeigt sich zudem eine deutliche Staffelung nach Altersgruppen: In der jüngsten Altersgruppe der 18- bis 34-Jährigen ist die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie am weitesten verbreitet, während sich die Altersgruppe der über 60-Jährigen häufiger kritisch gegenüber dem Funktionieren der Demokratie in Deutschland äußert. Möglicherweise zeigt sich hier, dass die älteren Generationen, die noch im staatssozialistischen System der DDR sozialisiert wurden, unrealistischere Vorstellungen von und Erwartungen an die Demokratie haben als die jüngeren Generationen, die bereits im wiedervereinigten, demokratischen Deutschland aufgewachsen sind.

▶ Tab 2 Zufriedenheit verschiedener Bevölkerungsgruppen mit der Demokratie – in Prozent

	2022 ¹		2023 ²	
	West	Ost	West	Ost
Insgesamt	63	49	38	29
Geschlecht				
Männer	64	53	45	36
Frauen	62	45	32	23
Altersgruppen				
18–34 Jahre	75	58	41	39
35–59 Jahre	58	50	34	29
ab 60 Jahren	62	46	42	21
Berufliche Stellung				
Selbstständige	57	69	33	/
abhängig Beschäftigte	63	50	38	32
Arbeitslose	/	/	27	/
Rentner/-innen, Pensionäre/-Pensionärinnen	62	45	44	/
Ideologische Orientierung				
links	.	.	50	37
Mitte	.	.	38	25
rechts	.	.	40	40
Parteipräferenz				
CDU/CSU	68	52	41	40
SPD	64	61	54	/
FDP	58	50	38	/
Bündnis 90/Die Grünen	87	80	60	/
Die Linke	50	41	42	/
AfD	13	9	13	7

Vergleich über die Zeit aufgrund der unterschiedlichen Erhebungsmethoden nicht möglich.

¹ Anteil »eher zufrieden« (alternative Antwortkategorie: »eher unzufrieden«).

² Anteil »sehr zufrieden« und »eher zufrieden«.

./ Nicht erhoben.

/ Fallzahl zu gering (N<30).

Datenbasis: Lebensverhältnisse in Ost und West 2022, ZA7915; GLES Tracking April 2023, ZA7712

10.2.4 Zusammenfassung

Die Analysen zeigen insgesamt, dass es bei den Einstellungen zur Demokratie in Deutschland immer noch beträchtliche Unterschiede zwischen Westen und Osten gibt, insbesondere was die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie im eigenen Land betrifft. Die Befunde der vergangenen Jahre belegen aber auch die Krisenbeständigkeit der Demokratie: Trotz kurzfristiger und teilweise kritischer Reaktionen auf den Umgang mit politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Krisen zeichnen sich langfristig kaum Trends bezüglich der Zunahme oder Abnahme der Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ab.